

Priska Daphi, Dieter Rucht, Wolfgang Stuppert, Simon Teune, Peter Ullrich

# Montagsmahnwachen für den Frieden : Antisemitisch? Pazifistisch? Orientierungslos?

## Article, Published version

This version is available at <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:83-opus4-72491>.



## Suggested Citation

Daphi, Priska; Rucht, Dieter; Stuppert, Wolfgang; Teune, Simon; Ullrich, Peter: Montagsmahnwachen für den Frieden : Antisemitisch? Pazifistisch? Orientierungslos? - In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen : Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft. - ISSN: 0933-9361 (print), 2192-4848 (online). - 27 (2014), 3. - S. 24-31.

## Terms of Use

German Copyright applies. A non-exclusive, nontransferable and limited right to use is granted. This document is intended solely for personal, non-commercial use.

## Montagsmahnwachen für den Frieden

### Antisemitisch? Pazifistisch? Orientierungslos?<sup>1</sup>

Priska Daphi/Dieter Rucht/Wolfgang Stuppert/Simon Teune/Peter Ullrich

#### Hintergrund: Die Mahnwachen für den Frieden

Im Frühjahr 2014 bildete sich in der Bundesrepublik eine neue Protestbewegung: die „Mahnwachen für den Frieden“ bzw. „Montagsmahnwachen“. Der erste Protest dieser Art fand am 16. März 2014 in Berlin statt. Dazu aufgerufen hatte der Unternehmer Lars Mährholz, der in den folgenden Wochen und Monaten zum Gesicht der Bewegung avancierte. Die Idee der Mahnwachen breitete sich von Berlin auf andere Städte in Deutschland, Österreich und in der Schweiz aus. Nach Selbstauskunft der Organisator/innen gibt es mittlerweile Montagsmahnwachen in über 100 Städten.<sup>2</sup> Die Bezeichnung als „Montagsmahnwachen“ reiht diese Aktivitäten in die Tradition früherer Montagsproteste ein (1989 in der DDR, ab 2004 gegen die Agenda 2010 sowie zu verschiedenen lokalen Themen, etwa gegen das Projekt Stuttgart 21). Der Bezug darauf spielt jedoch inhaltlich – wenn überhaupt – nur eine untergeordnete Rolle.

Die Montagsmahnwachen entstanden während der Zuspitzung der Ukraine Krise: Der Sturz der ukrainischen Regierung unter Präsident Janukowitsch durch eine sehr heterogene Protestbewegung auf dem Maidan-Platz, die Einsetzung einer neuen Regierung unter Beteiligung der rechtsextremen Partei Swoboda, das Auftreten russisch-nationalistischer Separationsbewegungen und schließlich die Annexion der bis dato ukrainischen Halbinsel Krim durch die Russische Föderation sowie die Bestrebungen Russlands sowie der NATO und der EU zur Aufrüstung der Region. Die Deutung des Konfliktes kommt im ursprünglichen, über Facebook verbreiteten Aufruf zu den Montagsmahnwachen zum Ausdruck:

AUFRUF ZUM FRIEDLICHEN WIDERSTAND! FÜR FRIEDEN! IN EUROPA! AUF DER WELT! FÜR EINE EHRLICHE PRESSE! & GEGEN DIE TÖDLICHE POLITIK DER FEDERAL RESERVE (einer privaten Bank)!

(Die Orthographie entspricht hier und in allen folgenden Zitaten dem Original.)

Die Federal Reserve (US-Notenbank Federal Reserve System, kurz FED) wird als zentraler Akteur im Ukraine Konflikt benannt. Sie stehe hinter der kriegesischen Außenpolitik der USA und verantworte als „private Bank“ ein „Schuldengeldsystem“. Diese Deutung war von Anfang an umstritten. In der 3sat-Sendung Kulturzeit spitzte Jutta Ditfurth die Kritik an den Montagsmahnwachen zu. Sie erklärte, die Demonstrierenden bedienten sich antisemitischer Argumentationsmuster und gingen auf ein loses Netzwerk von Personen mit antizionistischer und anti amerikanischer Agenda zurück. Andere Medien machten sich diese Kritik weitgehend zueigen; Netzwerke aus der Friedensbewegung, Attac und die LINKE rieten von einer Beteiligung an den Mahnwachen ab. Die Kritik wurde auch dadurch befeuert, dass rechtsextreme Kader sowie Reichsbürger/innen und Chemtrail-Aktivist/innen an den Mahnwachen teilnahmen.<sup>3</sup> Gegen diese Kritik stellten sich linke Verteidiger der Bewegung, so in einem Aufruf „Für eine solidarische Auseinandersetzung mit den Montagsmahnwachen“.<sup>4</sup>

Umstritten waren vor allem Organisatoren der Mahnwachen und einige Redner, die dort in Erscheinung traten. Über die meisten Teilnehmer/innen der Mahnwachen wissen wir dagegen wenig. Welche Anliegen bringen Menschen zu den Mahnwachen? Wie sind sie politisch eingestellt? Wie schätzen sie die aktuelle Situation ein? Aus welchen politischen

oder sozialen Netzwerken heraus werden sie mobilisiert? Aus welchen sozialen Schichten und Milieus stammen Sie? Wie unterscheiden sie sich von den Teilnehmenden anderer Proteste und der Gesamtbevölkerung?<sup>5</sup>

### Die Studie

Um solche Fragen zu beantworten, riefen wir die Protestierenden bei Mahnwachen in sieben Städten zur Beteiligung an einer Online-Befragung auf. Zuerst verteilte das Forschungsteam an die rund 1000 Teilnehmer/innen der Berliner Montagsmahnwache am 26. Mai 2014 Handzettel mit einem Link zum Fragenkatalog und einem individuellen Code, um die Befragung freizuschalten. Eine Woche später folgten Erfurt, Jena, Frankfurt, Dortmund, Bonn und Bremen. Von den 953 Teilnehmer/innen, die in Berlin einen Handzettel erhielten, füllten 330 (35 %) den Online-Fragebogen aus. Da der Rücklauf in den anderen Städten deutlich geringer war, eine erste Prüfung aber keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Städten erkennen ließ, beziehen wir uns im Folgenden nur auf die Befragten aus

Berlin. Abzüglich distanzierter (gegenüber den Mahnwachen explizit kritischer) Befragter ergibt sich eine Fallzahl von 306 als Grundlage der Auswertungen.

### Soziale Zusammensetzung und Mobilisierung

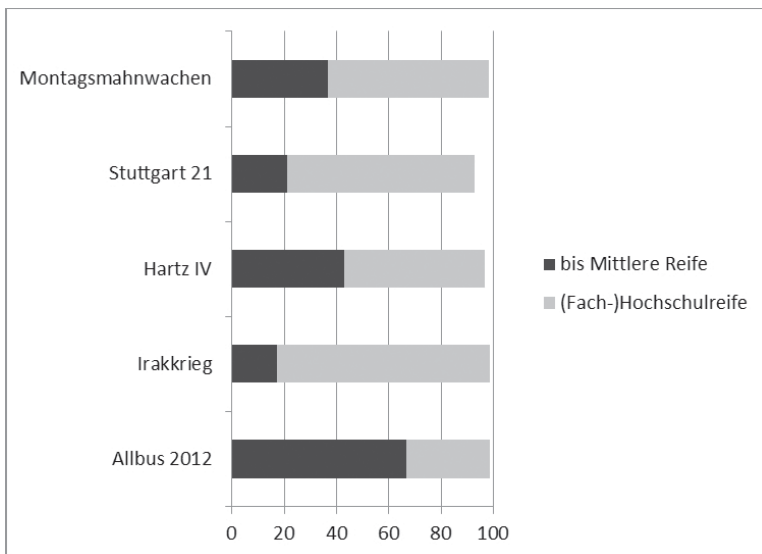
Vergleicht man die Ergebnisse der Befragung mit denen bei vorangegangenen Protesten, springen zwei soziodemographische Kennwerte sofort ins Auge: Männer sind mit knapp 70 Prozent deutlich überrepräsentiert, und der Anteil der 25-39-Jährigen (fast 50 %) ist mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung (20 %<sup>6</sup>). Auch wenn man von einer Verzerrung zugunsten der intensiven Internetnutzer/innen ausgeht, die im Schnitt eher jünger als die Gesamtbevölkerung und eher männlich sind, werfen beide Werte ein Schlaglicht auf die Montagsmahnwachen. Der hohe Männeranteil korrespondiert mit der Rolle von Frauen bei den Mahnwachen: In der Organisation und auf den Bühnen geben Männer klar den Ton an.

Wie bei vielen Protesten ist der Bildungsgrad der Befragten im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung

relativ hoch; aber ähnlich wie die Hartz-IV-Proteste erreichen die Mahnwachen eher als andere Proteste auch Menschen ohne (Fach-) Hochschulreife (Abbildung 1).

Die Mobilisierung zu den Mahnwachen fand zu einem erheblichen Teil in sozialen Netz-

Abb. 1: Bildungsabschlüsse bei verschiedenen Protesten und in der Gesamtbevölkerung (Allbus 2012), in Prozent



werken im Internet statt (z.B. Facebook, YouTube u.a.). Für 80 Prozent der Befragten bildeten diese Netzwerke eine wichtige Informationsquelle, die sie zur Teilnahme an den Mahnwachen bewegte. Bestehende politische Organisationen scheinen dagegen kaum Einfluss zu haben. Der Protest formierte sich eher spontan. Darin gleichen die Montagsmahnwachen den Occupy-Protesten des Jahres 2011 und unterscheiden sich deutlich von den Protesten gegen Stuttgart 21. Nur wenige Befragte sind „gestandene“ politische Aktivist/innen. Mit 42 Prozent ist der Anteil derjenigen, die sich noch nie (oder zumindest nicht in den letzten fünf Jahren) an Protesten beteiligt haben, auffällig hoch. Bei den Montagsmahnwachen drängen also diejenigen auf die Straße, die eher im Internet politisch angesprochen werden und bis dato auch nur dort aktiv waren (beispielsweise bei Petitionen).

### Die Ziele der Protestierenden

In einer offenen Frage wurden die Teilnehmenden um eine Einschätzung gebeten, für welche Themen die Montagsmahnwachen ihrer Meinung nach stehen. „Frieden“ kommt in den Antworten die größte Bedeutung zu, wurde jedoch meist nur als abstraktes, unkommentiertes Stichwort benannt (oft im Dreiklang „Frieden – Freiheit – Gerechtigkeit“). Doch die Montagsmahnwachen sind keine reine Friedensbewegung. Viele andere Themen spielen eine Rolle. Von herausragender Bedeutung ist das Thema Medien und Information. Viele Befragte sehen die Medien sehr kritisch. Dies zeigen zahlreiche Forderungen nach „freier Presse“ bis hin zu Charakterisierungen der aktuellen Medien als „gleichgeschaltete Presse“. Beispielhaft dafür soll dieses Zitat stehen:

„darum gehe ich auch jedes mal und jedes weitere mal dorthin weil es RICHTIG ist denn Krieg egal wo er statt findet Falsch ist und auch keine Freiheit oder Gerechtigkeit bringt dieser tauscht nur die Unterdrücker aus und die Presse verbreitet wie gewohnt dann nur andere Lügen“ (Rechtschreibung wie im Original).

Viele Befragte verstehen die Bewegung und ihre Treffen deshalb als Ort und Medium der „Aufklärung“ – auch über sonst im Verborgenen bleibende Dinge. Die thematische Breite der Bewegung reicht von umweltpolitischen und globalisierungs- bzw. kapitalismuskritischen Anliegen (die sich von der in der Bewegung stark vertretenen Zins- und Geldkritik unterscheiden lassen) bis hin zu einer Vielzahl weiterer Themen, darunter auch spirituelle und auf Beziehungs- und Persönlichkeitsveränderung gerichtete Anliegen.

### Links und rechts – überholte Kategorien?

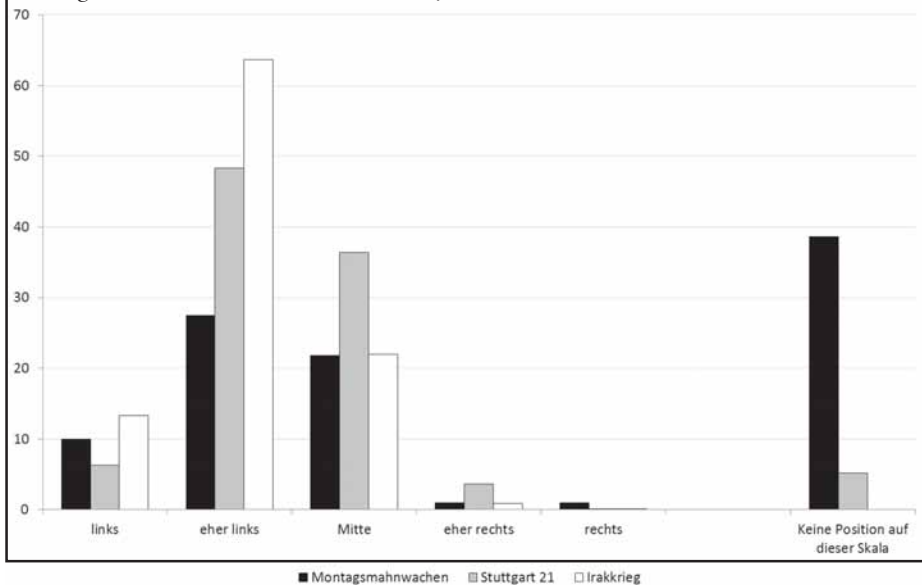
Wie bei vorangegangenen Befragungen von Demonstrierenden bestätigt sich auch bei den thematisch eher heterogenen Montagsmahnwachen, dass die Proteste eine starke linke Prägung aufweisen. Auf einer Links-Rechts-Skala verorteten sich nur zwei Prozent der Befragten rechts von der Mitte; 22 Prozent sehen sich in der politischen Mitte und 38 Prozent ordnen sich links ein (Abbildung 2). Aber: 39 Prozent der Befragten wollen sich, ähnlich wie in der Occupy-Bewegung, überhaupt nicht auf der Links-Rechts-Skala einstufen (Brinkmann/Nachtwey/Décieux 2013: 19). Hierzu passt, dass gut zwei Drittel der Befragten der Meinung sind, die Unterscheidung zwischen links und rechts sei überholt. Dafür steht auch folgendes Zitat über die Ziele des Protests:

„Abschaffung des Schuldgeldes; Abschaffung des Kapitalismus; parteienlose, dezentrale ‚Demokratie‘; Gesellschaftswandel; Abschaffung altpolitischer Paradigmen und Bauernfängerphrasen wie beispielsweise ‚links‘ und ‚rechts‘...“

Die Ablehnung des Links-Rechts-Schemas geht mit einem starken antipolitischen Wunsch nach einer Gesellschaft ohne Widersprüche und Konflikte einher.

Zur Prüfung der Vorwürfe rechtsextremer Einflüsse wurden mit dem leicht modifizierten Instrumentarium der Leipziger „Mitte-Studien“ („FR-LF“, Decker u. a. 2013) vier Di-

Abb. 2: Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala (Montagsmahnwachen im Vergleich mit anderen Demonstrationen, in Prozent)



mensionen des Rechtsextremismus abgefragt (Diktaturbefürwortung, Chauvinismus, Antisemitismus und NS-Verharmlosung, vgl. Tabelle 1).

Alle Aussagen, die im Leipziger Fragebogen genutzt werden, um rechtsextreme Einstellungen abzubilden, wurden mehrheitlich abgelehnt. Nur zwei Befragte haben nach diesem Instrument ein konsistentes rechtsextremes Weltbild. Ist der Vorwurf, die Mahnwachen seien zur extremen Rechten hin offen, angesichts dieser Ergebnisse zerstreut?

Eine Ausnahme lässt Zweifel aufkommen: 34 Prozent sind folgender Ansicht: „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“ Auch die Frage nach der Wahlentscheidung bei der letzten Bundestagswahl zeigt ein ambivalentes Ergebnis: Drei Parteien erzielten Werte über dem Berliner Durchschnitt: die LINKE (42,6%), die Piratenpartei (15,4%) und die Alternative für Deutschland (12,8%). Immerhin 35 Prozent haben an den Wahlen nicht teilgenommen oder ungünstig gewählt.

Darüber hinaus gibt es weitere Indizien für die Verbreitung antizionistisch-antisemitischer, antiamerikanischer und verschwörungstheoretischer Ansichten. Den Befragten wurden dahin gehende Aussagen vorgelegt, die von Organisator/innen der Mahnwachen und Redner/innen geäußert wurden (Tabelle 2).

Die zum Teil deutliche Zustimmung zu einer manichäischen, ressentimentgeladenen Kritik ist nicht eindeutig links oder rechts zu verorten. Aber sie erlaubt eine Integration von linken und rechten Positionen. Insofern scheint das Szenario der Herausbildung einer Querfront-Bewegung durchaus plausibel. Die Koexistenz linker und rechter Inhalte wird auf den Mahnwachen anscheinend kaum als problematisch empfunden.

### Eine Bewegung in der Postdemokratie – Einstellungen zu Demokratie und Institutionen

Einer großen Zustimmung der Befragten zur Idee der Demokratie (96,9 %) steht die starke Unzufriedenheit mit der Realität des poli-

Tabelle 1: Fragen zu vier Dimensionen des Rechtsextremismus (Angaben in Prozent)

| Aussage  | Lehne<br>völlig ab | Lehne<br>überwie-<br>gend ab | Stimme<br>teils zu/<br>teils nicht<br>zu | Stimme<br>überwie-<br>gend zu | Stimme<br>ganz zu |
|--|--------------------|------------------------------|--|-------------------------------|-------------------|
| <b>Befürwortung rechtsautoritäre Diktatur</b>  |                    |                              |  |                               |                   |
| Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.                         | 79,8               | 12,1                         | 5,7                                      | 2,0                           | 0,3               |
| Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.                            | 21,7               | 15,5                         | 29,0                                     | 14,5                          | 19,3              |
| <b>Chauvinismus</b>  |                    |                              |  |                               |                   |
| Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.  | 86,4               | 8,5                          | 2,7                                      | 1,4                           | 1,0               |
| Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland. | 70,2               | 12,9                         | 11,0                                     | 3,7                           | 2,2               |
| <b>Antisemitismus</b>  |                    |                              |  |                               |                   |
| Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.  | 85,6               | 9,0                          | 3,2                                      | 1,4                           | 0,7               |
| Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.                   | 57,5               | 17,8                         | 15,8                                     | 6,8                           | 2,1               |
| <b>NS-Verharmlosung</b>  |                    |                              |  |                               |                   |
| Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.                     | 69,0               | 18,1                         | 9,6                                      | 1,8                           | 1,4               |
| Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.   | 65,5               | 21,4                         | 8,2                                      | 3,2                           | 1,8               |

Tabelle 2: Zustimmung zu Aussagen von den Mahnwachen (in Prozent)

| Aussage  | Lehne<br>völlig ab | Lehne<br>überwie-<br>gend ab | Stimme<br>teils zu/<br>teils nicht<br>zu | Stimme<br>überwie-<br>gend zu | Stimme<br>ganz zu |
|--|--------------------|------------------------------|--|-------------------------------|-------------------|
| Amerika bzw. das amerikani-<br>sche Militär ist nur der Knüp-<br>pel der FED (US-Notenbank).   | 1,4                | 7,5                          | 39,4                                     | 30,5                          | 21,1              |
| Die BRD ist kein souveräner<br>Staat.  | 5,1                | 9,5                          | 24,0                                     | 24,4                          | 37,1              |
| Die Zionisten haben sich welt-<br>weit an die Hebel der Macht<br>gesetzt und lassen nun Politik,<br>Börse und auch die Medien<br>nach ihrer Pfeife tanzen. | 37,5               | 15,5                         | 19,7                                     | 14,0                          | 13,3              |
| Friedensaktivisten werden der-<br>zeit von einer nahezu gleichge-<br>schalteten Presse in die rechte<br>Ecke gestellt.                                     | 3,0                | 0,7                          | 7,4                                      | 37,1                          | 51,8              |

tischen Systems in Deutschland gegenüber. So zeigt sich ein enorm hohes Maß an Misstrauen in beinahe sämtliche etablierte gesellschaftliche Institutionen. Relevante ökonomische und politische Akteure, aber auch Kirchen und Medien genießen fast kein Vertrauen. Die Befragten fühlen sich politisch nicht repräsentiert. Etwas besserer schneiden dagegen Gerichte und Polizei ab, die wohl eher als Ordnungsinstanzen denn als interessen-geleitete Akteure wahrgenommen werden. Allein die Bürgerinitiativen/Nicht-Regierungsorganisationen stehen dem Gesamtbild entgegen (Abbildung 3).

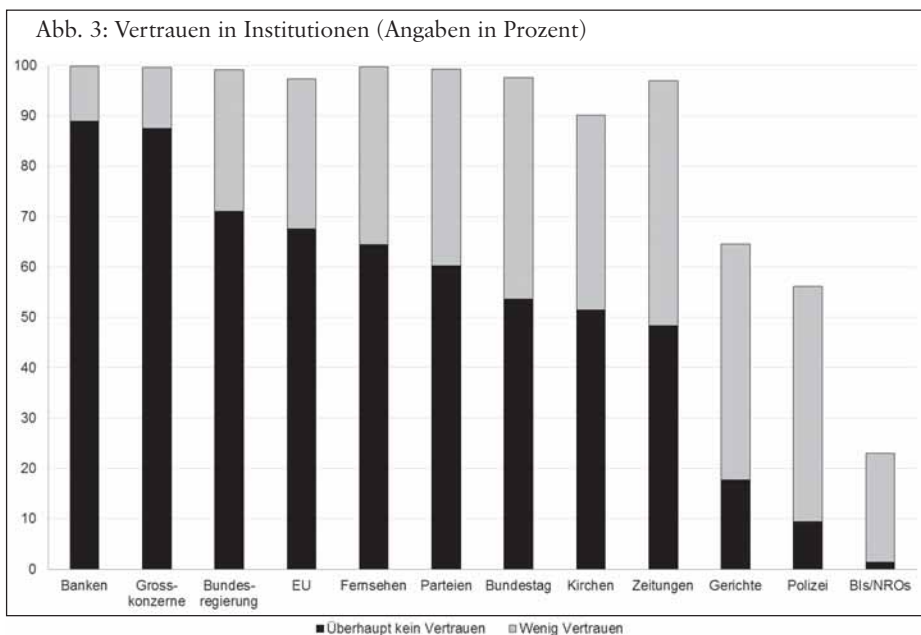
Der Mangel an Vertrauen geht mit einer enormen Unzufriedenheit mit politischen Prozessen einher. Die überragende Mehrzahl der Befragten widerspricht eher oder völlig der Ansicht, das politische System der Bundesrepublik funktioniere gut (93,9 %). In der Gesamtbevölkerung liegt diese Zahl deutlich unter 50

Prozent. Gut drei Viertel der Demonstrierenden (76,2 %) meinen zudem, keine oder nur geringe Einflussmöglichkeiten auf das Tun der Regierung zu haben. Die Befragten sind vom politischen System der Bundesrepublik stark entfremdet und fühlen sich nicht vertreten. In der neuen Bewegung finden sie stattdessen eine politische Heimat, die gegen Kritik weitgehend abgeschottet wird. Trotz der umfangreichen Dokumentation problematischer Äußerungen im Kontext der Mahnwachen stimmen nur acht Prozent der Aussage zu, „es gibt berechtigte Kritik an den Reden der Montagsmahnwachen“.

### Fazit: ein ambivalentes Protestphänomen

Insgesamt bleibt ein ambivalenter Eindruck. Dies betrifft die Unterschiede zwischen einzelnen Teilgruppen der Befragten wie auch das teilweise widersprüchliche Antwortverhalten einzelner Personen. Es gibt deutliche Anzei-





chen einer politischen Entfremdung. Diese äußert sich, bei hoher Wertschätzung der Idee der Demokratie, in einem nahezu totalen Misstrauen gegenüber etablierten politischen Institutionen, Medien und gesellschaftlichen Großorganisationen, in einer deutlichen Kritik an der Selbstbezogenheit der politischen Klasse und in der Anfälligkeit für rechtsautoritäre Einstellungen und verschwörungsideologische Weltdeutungen.

Eine Teilmenge der Demonstrierenden scheint einen Nährboden für populistische Instrumentalisierungen zu bieten. Dem entsprechen auch Eindrücke vom Geschehen auf der Bühne, bei dem Authentizität und politische Naivität Hand in Hand gehen und gerade in diesen Momenten beklatscht werden. Vieles erinnert an Occupy: das rasche, fast unvermittelte Aufflammen der Proteste, die Unsortiertheit der Teilnehmer/innen, das Fehlen fester Bindungen und Strukturen, die zuweilen regelrechte Inszenierung von Spontaneität, Gefühlsausdruck und Unprofessionalität, das Fernhalten aller Insignien bekannter politischer Organisationen, die dominante Mobilisierung

über neue Medien und damit verbundene soziale Netze, die Distanz gegenüber etablierten politischen Repräsentationsgremien (Décieux/Nachtwey 2014).

Bleibt es bei der fehlenden strategischen Ausrichtung und beim Nebeneinander widersprüchlicher Positionen, so ist es durchaus denkbar, dass die Montagsmahnwachen auch ein ähnlich schnelles Ende wie Occupy finden werden.

*Dr. Priska Daphi* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin sowie an der Goethe-Universität Frankfurt (Main) im DFG-Projekt „Alternativlos? Gesellschaftlicher Protest in der Globalisierungskritischen Bewegung zwischen Opposition und Dissidenz“.

*Prof. em. Dieter Rucht* ist Vorsitzender des Vereins für Protest- und Bewegungsforschung und Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

*Wolfgang Stuppert* ist Doktorand an der Berlin Graduate School of Social Sciences, HU Berlin.



*Dr. Simon Teune* ist Postdoc-Stipendiat am Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin

*Dr. Dr. Peter Ullrich* ist Ko-Leiter des Forschungsbereichs „Soziale Bewegungen, Technik, Konflikte“ am Zentrum Technik und Gesellschaft und Fellow am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Die Befragung wurde durchgeführt vom Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin, Bereich „Soziale Bewegungen, Technik, Konflikte“, in Kooperation mit dem Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V. Ein ausführlicher Forschungsbericht steht zum Download zur Verfügung: [bit.ly/SCIWBt](http://bit.ly/SCIWBt) (<http://protestinstitut.eu/projekte/demonstrationsbefragungen/befragung-montagsmahnwachen/>).

<sup>2</sup> <http://netzwerkvolksentscheid.de/2014/06/16/aktuell-118-montagsmahnwachen-friedensmahnwachen-montagsdemos-am-16-06-2014-in-deutschland-oesterreich-und-schweiz/> [28.06.2014]

<sup>3</sup> Die erste Gruppe bestreitet die legitime Existenz der Bundesrepublik. Sie verstehen sich stattdessen als Bürger/innen des Deutschen Reichs. Die zweite Gruppe ist davon überzeugt, dass Kondensstreifen nur mit der Ausbringung von Chemikalien zu erklären sind, die in manipulativer Absicht gegen die Bevölkerung eingesetzt werden.

<sup>4</sup> <http://diefreiheitsliebe.de/bewegungen-2/fuer-eine-solidarische-auseinandersetzung-mit-den-montagsmahnwachen> [02.07.2014]

<sup>5</sup> Zum Vergleich mit der Gesamtbevölkerung werden Daten des Statistischen Bundesamtes, der ALLBUS, Daten der Mitte-Studien (Decker/Kiess/Brähler 2014) und Demonstrationsbefragungen zu Stuttgart 21 (Baum-

garten und Rucht 2013) und dem Irakkrieg (Rucht 2003) herangezogen.

<sup>6</sup> Die Vergleichsdaten beruhen auf Werten des Statistischen Bundesamtes.

## Literatur

*Baumgarten, Britta/Rucht, Dieter* 2013: Die Protestierenden gegen „Stuttgart 21“ – einzigartig oder typisch?, in: Frank Brettschneider/Wolfgang Schuster (Hg.): Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz. Wiesbaden: Springer VS, S. 97–125.

*Brinkmann, Ulrich/Nachtwey, Oliver/Décieux, Fabienne* 2013: Wer sind die 99%? Eine empirische Untersuchung der Occupy-Proteste, hgg. von der Otto Brenner Stiftung, OBS-Arbeitspapiere 6, Frankfurt am Main, [http://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/Arbeitspapier\\_06\\_Occupy\\_01.pdf](http://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/Arbeitspapier_06_Occupy_01.pdf).

*Décieux, Fabienne/Nachtwey, Oliver* 2014: Occupy: Protest in der Postdemokratie, *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 27 (1), S. 75–88.

*Decker, Oliver u. a.* 2013: Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF), in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar/Kiess, Johannes (Hg.): Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose, *Forschung psychosozial*, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 197–213.

*Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar* 2014: Die stabilisierte Mitte Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, hg. vom Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig, Leipzig, [https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/mitte\\_leipzig\\_internet.pdf](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/mitte_leipzig_internet.pdf).

*Rucht, Dieter* 2003: Die Friedensdemonstranten – wer sind sie, wofür stehen sie?, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 16 (2), S. 10–13.